

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 19.06.2018

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 20:50 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Brücher

Frau Gorsler

stellv. Vorsitzende

Herr Kaufmann

Herr Pieplau

(ab 17.10 Uhr)

Frau Weißenfeld

CDU

Herr Copertino

Herr Hüsemann

Frau Jansen

Herr Jung

Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller

Herr Hood

Vorsitzender

Frau Mann

BfB

Herr Bolte

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied

Herr Schmalen

(bis 17.10 Uhr)

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic

Integrationsrat

(ab 17.10 Uhr)

Herr Buschmann

FDP-Ratsgruppe

Frau Huber

Seniorenrat

(bis 20.00 Uhr)

Herr Schneck

Beirat für Behindertenfragen

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
 Beigeordnete Frau Ritschel
 Frau Dr. Delius

Frau Isfendiyar
 Frau Krutwage

Frau Schulz

Herr Kühn
 Herr Linnenbürger

Dezernat 5
 Dezernat 3, ab 17.15 Uhr
 Gesundheits-, Veterinär- und
 Lebensmittelüberwachungsamt
 Kommunales Integrationszentrum
 Büro für Integrierte Sozialplanung
 und Prävention
 Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-
 Amt für Verkehr
 Stab Dezernat 5

Gäste

Frau Hassebrauck
 Herr Wilkening

Herr Dr. Afifi

Herr Siegeroth
 Herr Radloff
 Frau Hopster

AWO Bielefeld
 Bundesamt für Migration und
 Flüchtlinge
 Bundesamt für Migration und
 Flüchtlinge
 REGE mbH
 Jobcenter Arbeitplus Bielefeld
 AGW

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
 -Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden. Er übermittelt die Bitte einer Studentin der Soziologie an der Universität Bielefeld, den öffentlichen Teil der Sitzung für eine Seminararbeit zum Thema „Konversationsanalyse“ aufzeichnen zu dürfen. Sie sichert die Verfremdung von verwerteten Textpassagen zu. Die Studentin ist der Geschäftsführung namentlich bekannt und die Ausarbeitung werde nach Erstellung an die Geschäftsführung zur Durchsicht übermittelt.

Beschluss:

Die anwesenden Ausschussmitglieder haben keine Bedenken gegen die Aufnahme des öffentlichen Teils der Sitzung.

- einstimmig beschlossen -

Vorsitzender Herr Hood stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er verweist auf die Erweiterung der Tagesordnung um drei Anfragen und zwei Anträgen zu TOP 5.1 und TOP 8, die den Mitgliedern im Vorfeld übersandt worden seien. Darüber hinaus sei Beigeordnete Frau Ritschel noch auf dem Rückweg von einem Termin. Die Berichterstattungen zum Thema „Hebammenzentrale“ würden zeitlich auf ihre Sitzungsteilnahme abgestimmt.

Zu Punkt 1**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 33. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.04.2018**

Frau Jansen bittet, das Protokoll unter TOP 8, 6. Absatz, wie folgt zu ergänzen:

„Herr Copertino schlägt ebenfalls die Verlängerung der Übergangsfrist vor.“

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 33. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 10.04.2018 wird, unter Berücksichtigung der Ergänzung, nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 34. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 15.05.2018**

Die Niederschrift wurde am heutigen Tag elektronisch an die Mitglieder versandt.

Die Genehmigung der Niederschrift wird in die nächste SGA-Sitzung vertagt.

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Information zur Hebammenzentrale**

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über die wesentlichen Aspekte der Mitteilung. Im Hinblick auf die Anträge skizziert sie die derzeitige Situation der Hebammenzentrale. Es herrsche ein akuter Mangel an Hebammen. Hinzu komme, dass nicht alle praktizierenden Hebammen in Bielefeld und im Kreis Gütersloh der Hebammenzentrale angeschlossen seien. Ziel sei es, die derzeit praktizierenden Hebammen zu vernetzen und so die Versorgung der schwangeren Frauen besser sicherzustellen. Aktuell habe die Hebammenzentrale eine Abfrage bei allen Hebammen gestartet, in der sie sich über eine Mitgliedschaft und den Fortbestand der Hebammenzentrale Bielefeld-Gütersloh e. V. äußern sollen. Aus Sicht der Kommunen sei eine Ressourcenbündelung über die Hebammenzentrale wünschenswert.

Sollte ein schlüssiges Konzept für den Fortbestand der Hebammenzentrale vorliegen, werde die Verwaltung voraussichtlich im Herbst 2018 einen Beschlussvorschlag in die politischen Gremien einbringen.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Jahresbericht der Schuldnerberatungsstellen in Bielefeld 2017**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf den zur Mitnahme ausliegenden Bericht.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 **Demokratiekonferenz in Bielefeld**

Vorsitzender Herr Hood verweist auf den mit der Einladung versandten Veranstaltungsflyer. Er fordert zu einer regen Teilnahme auf.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Verabschiedung von Frau Dr. Delius

Beigeordnete Frau Ritschel teilt mit, dass Frau Dr. Delius heute letztmalig an einer SGA-Sitzung teilnehmen werde. Am 29.06.2018 habe sie ihren letzten Arbeitstag und gehe dann in den Ruhestand. Sie gibt einen kurzen Überblick über den beruflichen Werdegang von Frau Dr. Delius. Ihr Nachfolger werde ab 01.07.2018 der bisherige stellvertretende Amtsleiter, Herr Dr. Schmid, sein.

Vorsitzender Herr Hood bedankt sich bei Frau Dr. Delius für die gute Zusammenarbeit und wünscht ihr viel Gesundheit und eine gute Zeit.

Frau Dr. Delius bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und bewertet rückblickend die Arbeit im öffentlichen Gesundheitswesen als spannend und abwechslungsreich. Sie fordert dazu auf, die in der Ausbildung befindlichen Mediziner anzuregen, sich mit diesem Bereich des Gesundheitswesens auseinanderzusetzen.

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Beschäftigungsquote von geflüchteten Menschen (Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 12.06.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6891/2014-2020

- vertagt -

Zu Punkt 4.2 Veterinärmedizinische und sicherheitstechnische (ordnungsrechtliche) Prüfung Zirkus Charles Knie (Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 12.06.2018)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6893/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 1**).

Herr Gugat bedankt sich für die ausführliche Antwort. Er kritisiert die häufigen Ortswechsel für die Tiere, die in der kurzen Verweildauer des Zirkusses an einem Ort begründet sei. Bei der Haltung von Tigern und Löwen in der Nähe eines Wohngebietes habe er große Bedenken, ob die Sicherheit der Bevölkerung gewährleistet sei.

Er teilt mit, dass der Zirkus Knie ihm und Vertretern des Bundesverbandes der Tierschützer ein Gesprächsangebot gemacht hätten. Zum Gespräch am Samstag, den 23.06.2018 um 10 Uhr, seien auch die Mitglieder des SGA eingeladen.

Frau Dr. Delius teilt auf Nachfrage mit, dass die Haltung der Zirkustiere unter tierschutzrechtlichen Aspekten geprüft werde. Die Prüfergebnisse würden in einer bundesweiten Datenbank erfasst und könnten von allen Kommunen abgefragt werden. Bei den letzten dort erfassten tierschutzrechtlichen Kontrollen in Mai und Juni 2018 war nichts zu beanstanden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.3 **Anträge auf individuelle Eingliederungshilfen (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.06.2018)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6905/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 2**).

Auf Fragen von Herrn Holler-Göller führt Beigeordneter Herr Nürnberger aus, dass stark ansteigende Antragszahlen bei einer geringen Ablehnungsquote zu verzeichnen seien. Bzgl. der Forderung auf dem Protesttag für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung nach mehr Integrationshelfern für behinderte Kinder in der OGS, bestehe das Problem, dass es erst ab 01.01.2020 eine gesetzliche Regelung zur Finanzierung der Integrationshelfer gebe.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

*Zunächst erfolgt die Mitteilung zu TOP 3.1
 (Protokollierung siehe Beginn der Niederschrift)*

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Hebammenzentrale -Aufrechterhaltung der Dienstleistungen- (Antrag der CDU-Fraktion vom 08.06.2018)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6865/2014-2020

Beigeordnete Frau Ritschel schlägt vor, aufgrund ihrer Ausführungen zu TOP 3.1, die Anträge bis zum Herbst zurückzustellen.

Vor dem Hintergrund, dass die Verwaltung bereits entsprechend dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion tätig geworden sei, erklärt sich Herr Weber für die CDU-Fraktion mit einer Rückstellung des Antrages bis Herbst 2018 einverstanden.

Frau Bußmann bekräftigt die Notwendigkeit der Hebammenzentrale und bittet um Unterstützung für den Antrag ihrer Fraktion. So solle Planungssicherheit für die Hebammenzentrale geschaffen werden.

In der sich anschließenden Diskussion zwischen Herrn Weber, Frau Bußmann, Herrn Brücher, Herrn Buschmann, Frau Mann, Herrn Gugat, Herrn Copertino und Herrn Bolte wird deutlich, dass der Ausschuss den Fortbestand der Hebammenzentrale unterstützt. Für eine mögliche finanzielle Unterstützung werden allerdings ein Konzept und eine Kostenkalkulation gefordert. Eine Abstimmung über den Antrag der Fraktion die Linke wird mehrheitlich abgelehnt, da der Beschlussvorschlag inhaltlich einen finanziellen Blankoscheck darstelle. Frau Bußmann bittet darum, den Antrag ihrer Fraktion, entsprechend dem der CDU-Fraktion, zurückzustellen.

Beigeordnete Frau Ritschel weist nochmal darauf hin, dass die Initiative zum Fortbestand der Hebammenzentrale von der Zentrale direkt kommen müsse. Sie schlägt vor, das Ergebnis der Befragung abzuwarten.

Vorsitzender Herr Hood bekräftigt zusammenfassend die Unterstützung des Ausschusses zum Fortbestand der Hebammenzentrale. Entsprechend den Vorschlägen der antragstellenden Fraktionen, werden die Anträge zurückgestellt.

- vertagt -

-.-.-

**Zu Punkt 5.1.1 Hebammenzentrale
(Antrag der Fraktion Die Linke vom 18.06.2018)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6944/2014-2020

Protokollierung erfolgt unter TOP 5.1.

- vertagt -

-.-.-

*Es erfolgt die Berichterstattung zu TOP 6
(Protokollierung erfolgt unter dem entsprechenden Punkt in der Niederschrift)*

**Zu Punkt 5.2 Integrations- und Sprachkurse
(Antrag des Integrationsrates vom 28.02.2018)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6158/2014-2020

Erörterung siehe Punkt 7 der Niederschrift.

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 6

Projekt "Wegweiser- Prävention gegen gewaltbereiten Salafismus"

Frau Hassebrauck führt in das Thema „Salafismus“ ein und stellt das Projekt „Wegweiser – Prävention gegen gewaltbereiten Salafismus“ vor (**Anlage 3**) vor.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Herr Gugat, Herr Brücher, Herr Weber, Frau Schulz, Herr Holler-Göller und Frau Bußmann. Auf Fragen teilt Frau Hassebrauck u. a. mit, dass zurzeit nur in Bielefeld und Herford Beratungsstellen existieren. Es herrsche eine hohe Nachfrage von Schulen und allg. nach Workshops zur Prävention, die mit dem derzeitigen Personalbestand nicht leistbar sei. Für eine Ausweitung des Angebotes sei eine Personalaufstockung zwingend notwendig. Jugendliche seien gläubig und meinen auf dem richtigen Weg zu sein. Ihre Radikalisierung bemerken sie selbst meistens nicht. Auch Eltern seien mit den Veränderungen ihrer Kinder überfordert. Rückkehrerinnen seien häufiger radikalisiert, weil sie dadurch eine andere Stellung und Aufgabe in der Gesellschaft erhalten. Frau Hassebrauck verweist auf einen in Herford stattfindenden Fachtag zum Thema „Rückkehrerinnen“, der im Herbst 2018 geplant sei. Sie sagt die Versendung der Einladung an die Ausschussmitglieder zu. Darüber hinaus liegen Flyer mit den Kontaktdaten der Beratungsstellen zur Mitnahme aus.

Frau Hopster führt ergänzend aus, dass das Innenministerium derzeit die Schaffung weiterer Stellen in Ostwestfalen-Lippe prüfe.

Vorsitzender Herr Hood fasst abschließend zusammen, dass der Ausschuss die Präventionsarbeit und die Schaffung von weiteren Stellen begrüße. Im Namen des Ausschusses dankt er Frau Hassebrauck und allen Projektbeteiligten für ihre Arbeit.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Integrations- und Sprachkurse in Bielefeld

Vorsitzender Herr Hood erinnert an den Antrag des Integrationsrates, der teilweise Auslöser für diese Berichterstattung gewesen sei.

Herr Siegeroth gibt einen Überblick über die Integrations- und Sprachkurse in Bielefeld (**Anlage 4**). Die seit einem Jahr agierende Sprachbandkoordination der REGE sei ein Ergebnis der Fachgruppe 3 „Sprache“, aus dem Projekt „Bielefeld integriert“. Derzeit betrage die Wartezeit für die Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen durchschnittlich 10 Wochen.

Herr Wilkening stellt sich als Regionalkoordinator des Bundesamtes für

Migration und Flüchtlinge (BAMF) vor. Er betont die sehr gute Zusammenarbeit mit den Bielefelder Akteuren, die beispielhaft sei. Aufgrund der hervorragenden Ergebnisse sei beabsichtigt, die in Bielefeld eingeführte Test- und Meldestelle bundesweit in die Fläche zu bringen.

Er verteilt eine Übersicht über die in Bielefeld begonnen Integrations- und Sprachkurse (**Anlage 5**) und den bundesweiten Bericht zur Integrationskursgeschäftsstatistik für das Jahr 2017 (**Anlage 6**). Er bittet bei der Betrachtung der Statistik zu bedenken, dass sie einen Zeitraum von 12 Jahren darstelle und sich in der Zeit die Gesetzeslage, die Zuwanderungsverhältnisse und auch die Verwaltungspraxis geändert hätten.

Seit 1 ½ Jahren seien mtl. 10.000 bis 15.000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Aufgrund der nachlassenden Flüchtlingszahlen würde auf Dauer auch die Teilnehmerzahl sinken. Dies werde aber nur verzögert sichtbar. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren habe die Teilnehmerzahl in den Alphabetisierungskursen stark zugenommen. Durch den hohen Anteil an arabisch sprechenden Zuwanderern sei eine neue Kursart (Zweitschriftenlernkurs) eingerichtet worden. Weiterhin bestehe ein hoher Bedarf an Lehrkräften, der nicht gedeckt werden könne. Bei den Sprachkursen sei ein Absinken der Erfolgsquote von über 60% auf 45% zu verzeichnen. Zu beobachten sei, dass zahlreiche Teilnehmer der Integrationskurse, die die Kurse selber zahlen müssten, nur zum Test erscheinen, nicht aber am Unterricht teilnehmen. Sie sehen keinen Sinn darin, theoretisch vermittelt zu bekommen, wie man in Deutschland lebt. Sie wollen nur die Sprache lernen. Trotzdem sei zu beobachten, dass Teilnehmer, die einen finanziellen Eigenanteil leisten, in den Integrationskursen erfolgreicher seien. Der Kurszugang von Zuwanderern aus dem EU-Ausland werde oft durch die sie beschäftigenden Firmen erschwert. Nach Bekanntwerden der Kursteilnahme würden z. B. deren Arbeitszeiten so verändert, dass eine Kursteilnahme nicht mehr möglich sei. Manche Firmen wollen scheinbar nicht, dass sich ihre Beschäftigten Kenntnisse aneignen.

Vorsitzender Herr Hood bedankt sich im Namen des Ausschusses für die Berichterstattung, die einen ersten Überblick über die Kurssituation ermöglicht habe.

Mit Blick auf den Antrag des Integrationsrates bewertet Frau Mann den Bericht als Einstieg in weitere Gespräche mit dem Integrationsrat.

Auf Fragen von Beigeordnetem Herrn Nürnberger, Herrn Gugat und Frau Adilovic führt Herr Wilkening u.a. aus, dass für die Zeit von 2000 – 2007 bzw. 2008 die Integrationskurse evaluiert worden seien. Derzeit werde versucht, das System am Laufen zu halten. Die bundesweit aufgeführten Kurszahlen spiegelten sich auch flächendeckend in den Städten wieder. Lediglich in ländlichen Gegenden sei die Vielfalt an Integrationskursen nur schwer umsetzbar. Die Integrationskurse für Jugendliche würden von den Jugendlichen teilweise abgebrochen, weil ihnen die Kurse zu lange dauerten. Sie wollen arbeiten bzw. studieren und nicht die Kurse absolvieren; sie seien zu ungeduldig. Die vom BAMF durchgeführten Kurse würden bundesweit angeboten, spezielle Kurse für Bielefeld gebe es nicht. Insgesamt sei Deutschland, im Vergleich zu anderen europäischen Staaten, bei der Integration weit vorne. Verbesserungen könnten selbstverständlich immer vorgenommen werden.

Herr Siegeroth erläutert die vergleichsweise geringe Anzahl von Sprach-

kursen der VHS damit, dass sie in ländlichen Gebieten teilweise der einzige Träger sei, der diese Kurse anbiete. Speziell in Bielefeld als Universitätsstadt herrsche eine große Trägerdichte, die Integrations- und Sprachkurse durchführten.

Frau Adilovic zeigt sich enttäuscht darüber, dass die vorgetragenen Zahlen nicht die Wirkung auf Bielefeld ausreichend widerspiegeln. Vorsitzender Herr Hood bittet sie, die nun erhaltenen Informationen an den Integrationsrat weiterzugeben und dort zu entscheiden, ob der Antrag aufrechterhalten werden solle.

Aufgrund der Fülle der Informationen schlägt Herr Brücher vor, den Antrag des Integrationsrates erneut zu vertagen und innerhalb der Fraktionen das weitere Vorgehen abzustimmen.

Verweisend auf die SGA-Sitzung am 10.04.2018 fordert Herr Weber, die heutigen Informationen mit einem möglichst geringen Aufwand für die Mitglieder des Integrationsrates und des SGA, im Rahmen einer Vorlage, von der Verwaltung zusammenfassen zu lassen.

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die bereits vorliegende komprimierte Präsentation von Herrn Siegeroth und schlägt vor, dass die Mitglieder dieses Thema, unter Berücksichtigung der heutigen Informationen, in ihren Fraktionen besprechen und zur nächsten SGA-Sitzung gezielt Anfragen stellen, die dann von der Verwaltung beantwortet werden könnten. Es gibt keine Einwände gegen den Vorschlag.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8

Sozialticket -Preisgestaltung ab 01.08.2018-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6571/2014-2020

6935/2014-2020 (gemeinsamer Antrag von SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Ratsgruppe Bürger-nähe/Piraten)

Herr Brücher begründet den Antrag und verweist auf die Entwicklung des Sozialtickets. Er bedauert, dass die Landesregierung NRW keine dauerhafte Regelung für eine ausreichende Finanzierung des Sozialtickets geschaffen habe. Wichtig sei nun, das Sozialticket langfristig zu etablieren und für den Nutzerkreis bezahlbar zu halten. Die Verwaltung solle nun aufgefordert werden, zu prüfen, ob noch unverbrauchte Haushaltsmittel für eine Finanzierung zu Verfügung stehen.

Herr Weber hält den Vorwurf gegenüber der Landesregierung für zu oberflächlich und fordert zunächst die Darstellung der Kostendeckung bzw. alternativer Vorschläge zur vorliegenden Beschlussvorlage. Nach seiner Auffassung müsste die damalige Entscheidung des Rates, keine kommunalen Finanzmittel für die Finanzierung des Sozialtickets einzusetzen, zunächst aufgehoben werden. Sollte die Verwaltung nach nochmaliger Prüfung feststellen, dass die Preisgestaltung noch verändert

werden könne, fordert er dazu auf, den Ausschuss in der nächsten Sitzung entsprechend zu informieren. Mit einer Zustimmung zum Antrag, würde allerdings eine Blankovollmacht zur Finanzierung des Sozialtickets aus kommunalen Mitteln erteilt. Dies sei für die CDU-Fraktion nicht tragbar.

Aus Sicht der AGW empfiehlt Frau Hopster, den Antrag zu beschließen.

Frau Bußmann schließt sich Herrn Brücher an und erinnert an den Sinn des Sozialtickets. Da bei dem vorliegenden Antrag über die Verwendung von kommunalen Finanzmitteln entschieden werden solle, halte sie eine Ratsentscheidung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für notwendig.

Herr Bolte begrüßte das Ansinnen, Bedürftigen das Bus und Bahn fahren sozial verträglich zu ermöglichen. Aus dem Antrag sei für ihn allerdings nicht ersichtlich, ob alle bisher gefassten Beschlüsse nur einmalig oder auf Dauer geändert werden sollen. Wenn Änderungen beabsichtigt seien, halte er es für sinnvoller, die alte Berechnungsgrundlage zu überdenken und ein Sozialticket auszugeben, was seinem Namen gerecht werde. Sollte dies nicht in Erwägung gezogen werden, halte er den Vorschlag der Verwaltung für besser. Dem Antrag werde er nicht zustimmen.

Herr Gugat macht deutlich, dass der Antrag nicht zum Ausgleich von ausfallenden Landesmitteln gedacht sei. Vielmehr solle verhindert werden, dass die Preise des Sozialtickets anstiegen und die Bedürftigen mehr bezahlen müssten. Diese Angelegenheit dulde auch keinen Aufschub, da die Preiserhöhung bereits ab 01.08.2018 wirken würde.

Frau Mann stimmt den Ausführungen von Herrn Gugat zu und hebt hervor, dass eine Abwägung verschiedener Sachgegebenheiten notwendig gewesen sei. Dem nahenden Zeitpunkt der angekündigten Erhöhung stünden die Menschen mit geringem Einkommen gegenüber, die bereits jetzt einen höheren Beitrag für das Sozialticket zahlen, als im Regelsatz für die Mobilität vorgesehen sei. Wann das Land eine Planungssicherheit in der Finanzierung des Sozialtickets schaffe, sei nicht abzusehen. Um die Zeit für eine politische Diskussion zu ermöglichen, beantrage die Koalition für 2018 und 2019 auf eine Preissteigerung beim Sozialticket zu verzichten.

Herr Buschmann weist darauf hin, dass das Sozialticket von Beginn an unterfinanziert gewesen sei. Nur durch nicht verbrauchte Fördergelder habe Bielefeld ein höherer finanzieller Rahmen zur Verfügung gestanden und die Unterfinanzierung sei nicht sofort sichtbar geworden. Er vertritt die Auffassung, wenn das Land ein Sozialticket haben wolle, müsse es dies auch ausreichend finanzieren. Darüber hinaus sei Teilhabe kein individueller Anspruch, sondern nur ein politisches Ziel. Er plädiere dafür, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen, um zu verdeutlichen, wer für diese Unterfinanzierung verantwortlich sei.

Vorsitzender Herr Hood merkt an, dass der ursprüngliche Beschluss, keine kommunalen Finanzmittel für die Finanzierung des Sozialtickets einzusetzen, nicht vom Rat gefasst worden sei. Möglich sei allerdings, dass der Rat im Rahmen von Haushaltsplanberatungen über das Gesamtvolumen diskutiert habe. Mit der Finanzierung des Sozialtickets sei-

en 2011 der Sozial- und Gesundheitsausschuss, der Stadtentwicklungsausschusses und der Finanz- und Personalausschuss befasst gewesen.

Frau Weißenfeld gibt Herrn Buschmann dahingehend Recht, dass im nächsten Jahr geklärt werden müsse, in welcher Höhe das Land Finanzmittel zur Verfügung stelle und eine klare Abgrenzung über die Zuständigkeiten zwischen Land und Kommunen notwendig sei. Sie fordert eine Abstimmung über den Antrag ein, damit ab 01.08.2018 eine Preissteigerung vermieden werden könne. Das Sozialticket Bielefeld sei bereits jetzt das teuerste in Nordrhein-Westfalen.

Herr Weber schließt sich den Ausführungen von Herrn Buschmann an und macht noch einmal deutlich, dass seine Fraktion auf Landesebene darauf hinwirke, eine landeseinheitliche Finanzierung des Sozialtickets zu erreichen. Gemäß den Ausführungen des Kämmerers sei das Sozialticket eine freiwillige Leistung und somit müsse im Vorfeld eines Antrags eine entsprechende Deckung ermittelt werden.

Herr Copertino erinnert an die Beschlussfassung von 2011. Ein positiver Beschluss über den vorliegenden Antrag, würde der damaligen Beschlussfassung zuwiderlaufen.

Vorsitzender Herr Hood informiert die Mitglieder darüber, dass die Verwaltungsvorlage auch im Stadtentwicklungsausschuss und im Finanz- und Personalausschuss nur in 1. Lesung behandelt worden sei. Er gehe davon aus, dass gleichlautende Anträge auch in diese Ausschüsse eingebracht würden. Unabhängig davon hätten Ausschüsse das Recht, ihre früher gefassten Beschlüsse zu ändern. Da der Antrag weitreichender als der Beschlussvorschlag der Verwaltung sei, bittet er die Ausschussmitglieder nunmehr um eine Abstimmung über den Antrag.

Beschluss über Drucks.-Nr. 6935/2014-2020:

- 1. Die Erhöhung der Preise für das Sozialticket ab dem 01.08.2018 auf monatlich 43,80 Euro und 31,80 Euro für das 9-Uhr-Abo wird abgelehnt.**
- 2. Die Verwaltung wird gebeten, zu den Abschlussberatungen des Haushaltes einen Deckungsvorschlag für die entstehenden Kosten zu machen.**

- mit Mehrheit beschlossen -
Abstimmung: 10 Ja-Stimmen
5 Nein-Stimme

Eine Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung, Drucks.-Nr. 6571/2014-2020, erfolgt nicht.

Zu Punkt 9 Bericht aus der KGK am 25.04.2018

**Zu Punkt 9.1 Gesundheitsbericht Kinder - Entwicklungsstand der Einschul-
kinder 2015 - 2017 nach statistischen Bezirken (Fortschrei-
bung)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6748/2014-2020

Aufgrund der bereits fortgeschrittenen Zeit, schlägt Beigeordnete Frau Ritschel den Mitgliedern vor, die vorbereitete Präsentation (**Anlage 7**) den Mitgliedern im Ratsinformationssystem vorab zur Verfügung zu stellen und auf die Vorstellung der Informationsvorlage zu verzichten. Sie bietet an, für evtl. Rückfragen, die Vorlage in der nächsten Sitzung erneut aufzurufen.

Die Anwesenden erheben keine Einwände gegen den Vorschlag.

- 1. Lesung -

Zu Punkt 9.2 Weitere Themen

Beigeordnete Frau Ritschel teilt mit, dass sich die Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK) schwerpunktmäßig u. a. mit dem Thema „Arbeit und Gesundheit“ beschäftigt habe. Bei den aktuellen Gesundheitszielen sei deutlich geworden, dass Arbeit und Gesundheit stark miteinander korrelieren. Herr Radloff habe dazu einen Überblick über die bereits bestehenden Aktivitäten des Jobcenters Arbeitplus gegeben und verdeutlicht, dass eine weitere Vernetzung mit sonstigen Gesundheitsangeboten im Gesundheitssystem sinnvoll sei. Die physische und psychische Gesundheit bildet die Grundlage für Arbeitsfähigkeit und Integration am Arbeitsmarkt.

Das zweite Schwerpunktthema sei das Case-Management gewesen, das bereits in der vergangenen SGA-Sitzung von Herrn Dr. Weller vorgestellt worden sei.

Darüber hinaus wurde erneut kritisch über das Thema Tabakwerbung in Bielefeld diskutiert. Die Hintergründe seien hinlänglich bekannt. Da das Nikotin eine hohe gesundheitliche Gefährdung darstelle, bewertet die KGK die derzeitige Situation als äußerst unbefriedigend.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 10

Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) in OWL
Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Prostituiertenschutzgesetz zwischen der Stadt Bielefeld und den Kreisen in Ostwestfalen-Lippe

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6625/2014-2020

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage. Das Land habe einen einmaligen Belastungsausgleich gezahlt, der zukünftig aber keine Kostendeckung erzielen werde. Der Vorstand des Städtetages NRW habe sich nach intensiver Diskussion einvernehmlich dafür ausgesprochen, gegen die Durchführungsverordnung des Prostituiertenschutzgesetzes Verfassungsbeschwerde einzulegen. Gegenstand des Verfahrens sei der Konnexitätsgrundsatz. Bielefeld werde sich an der Verfassungsbeschwerde beteiligen, die Kooperationspartner seien entsprechend informiert.

Fragen von Frau Mann und Herrn Copertino werden von Frau Dr. Delius beantwortet.

Eine Berichterstattung über die Erfahrungen aus der Praxis wird für 2019 vereinbart.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 11

Haushaltsplanberatungen 2019, 1. Lesung

Vorsitzender Herr Hood weist darauf hin, dass für die heutige Sitzung eine 1. Lesung über die Beschlussvorlagen der Verwaltung vereinbart worden sei. Die Beschlussfassung erfolge in der September-Sitzung.

Weiterhin könnten zu den Vorlagen Fragen bis einschließlich 17.08.2018 bei der Verwaltung eingereicht werden. Die entsprechenden Antworten würden dann gebündelt und mit der Einladung zur nächsten Sitzung an die Mitglieder verschickt.

Herr Weber bittet die Verwaltung, soweit es möglich sei, für alle vorliegenden Haushaltspläne eine Aufstellung über die Rechnungsergebnisse 2016 und 2017 zu fertigen. So werde der Politik eine Einschätzung der Kostenentwicklung, auch im Hinblick auf die Flüchtlingskosten, ermöglicht. Vorsitzender Herr Hood weist darauf hin, dass der Kämmerer Herr Kaschel die Ergebnisse für 2017 bereits in Aussicht gestellt habe. Mit der Bitte der CDU-Fraktion würden die Beratungsunterlagen noch um die Ergebnisse 2016 erweitert.

Darüber hinaus teilt Herr Weber mit, dass der Sitzungstermin am 10.09.2018, wie bereits mit den Fraktionsgeschäftsführern abgesprochen, verschoben werden müsse, da die CDU-Fraktion in der Woche nicht in Bielefeld sei.

(Anmerkung der Verwaltung: Aufgrund der nachträglichen Sitzungsver-schiebung auf den 04.09.2018, verkürzt sich die Abgabefrist für Fragen zum Haushalt 2019. Spätester Abgabetermin ist Freitag, der 10.08.2018. Alle Mitglieder wur-den per Mail darüber informiert).

-.-.-

Zu Punkt 11.1 Haushalts- und Stellenplan 2019 für das Gesundheits-, Veteri-när- und Lebensmittelüberwachungsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6861/2014-2020

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 11.2 Haushaltsplan und Stellenplan 2019 für den Stab des Dezerna-tes 5 - 095

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6759/2014-2020

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 11.3 Haushaltsplan und Stellenplan 2019 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6842/2014-2020

Frau Bußmann bittet die Verwaltung, die zusätzlich eingeplanten Brutto-Mehraufwendung in Höhe von 5 Mio. € bei den Kosten für Unterkunft und Heizung nach Rechtskreisen aufzuschlüsseln.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 11.3.1 Personelle Aufstockung der WTG-Behörde (früher Heimauf-sicht)

Zu Punkt 11.3.1.1 Beschluss des Seniorenrates vom 16.05.2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6644/2014-2020

Frau Huber begründet die Forderung des Seniorenrates, die WTG-Behörde um zwei Planstellen aufzustocken.

Frau Gorsler weist darauf hin, dass die WTG-Behörde in 2018 bereits eine zusätzliche Stelle erhalten habe und für 2019 eine weitere Stelle eingeplant sei. Sie bittet zu prüfen, ob die Forderungen des Antrages bereits erfüllt seien.

Frau Weißenfeld hält die Forderung für berechtigt, bei der Fülle an zusätzlichen Aufgaben auch das Personal entsprechend aufzustocken. Für eine Beurteilung der erforderlichen Stellenanzahl, bittet Frau Weißenfeld die Verwaltung, einen Benchmark-Bericht für die WTG-Behörde vorzulegen. Hinsichtlich der Umwandlung der Fachkrankenhäuser weist sie darauf hin, dass diese bisher nicht durch das Sozialamt geprüft worden seien, sondern durch die Bezirksregierung. In diesem Zusammenhang sollte eine Personalverlagerung entsprechend der Aufgabenverlagerung geprüft werden.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 11.3.1.2 Beschluss des Beirates für Behindertenfragen vom 30.05.2018

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6173/2014-2020

Herr Schneck schließt sich den Ausführungen von Frau Huber an.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 11.4 Haushaltsplan 2019 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6790/2014-2020

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 12 Bericht zur Umsetzung des Konzeptes "Diversität, Partizipation und Integration"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6531/2014-2020

Frau Isfendiyar erläutert die Entwicklung des Integrationskonzeptes und informiert über die Umsetzung des Konzeptes Diversität, Partizipation und Integration (**Anlage 8**). Abstimmungsprozesse mit Bielefeld integriert finden ebenfalls statt.

Auf Fragen von Frau Mann und Frau Gorsler führt Frau Isfendiyar aus, dass die in 2010 benannten Indikatoren und Werte im Integrationskonzept, aufgrund der hohen Zuwanderung, überholt seien und angepasst werden müssten. Die teilweise großen Abweichungen zwischen Vorgaben und tatsächlichen Ergebnissen hätten unterschiedliche Gründe (z. B. Maßnahmen seien noch nicht abgeschlossen bzw. müssten den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden, fehlende Rückmeldungen von den Trägern, etc.). Herr Weber sieht die Integration in vielfältigster Art und Weise begonnen und fortgesetzt. Er erwarte Berichte über weitere Zwischenstände; auch über Maßnahmen, die derzeit noch nicht begonnen worden seien.

Alle danken den Akteuren für den sehr umfangreichen Bericht und sprechen ihre Hochachtung über die Vielzahl der Aktivitäten aus.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13 Integration von Flüchtlingen in Bielefeld

Zu Punkt 13.1 Einwanderung gestalten NRW

Herr Siegeroth informiert über die Zusammenarbeit zwischen dem Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention, dem Kommunalen Integrationszentrum und der REGE im Rahmen des Modellprojektes „Einwanderung gestalten NRW“ (**Anlage 9**). Es sollen Unterstützungsketten mit dem Schwerpunkt Sprache, Arbeit und Ausbildung entwickelt werden, die die verschiedenen Aspekte der Vermittlungshemmnisse berücksichtigen und letztendlich in eine erfolgreiche Integration münden. In der Fachgruppe 3 „Sprache“ würden, unter Teilnahme der Staatsministerin Frau Güler vom Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW (MKFFI), am 10.07.2018 Handlungsvorschläge diskutiert. Die Ergebnisse der praktischen Umsetzung der modifizierten Prozessketten würden voraussichtlich im ersten Quartal 2019 im SGA vorgestellt.

Frau Krutwage erläutert die Prozesskettenanalyse, auf deren Grundlage die Handlungsvorschläge erarbeitet worden seien. Hierbei sei versucht worden, z. B. die Hintergründe für Abbrüche von Sprachkursen zu ermitteln.

Fragen werden beantwortet.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13.2 Umsetzung und Weiterführung des Projektes „Macht-Zusammen-Bielefeld“- Förderung des freiwilligen Engagements geflüchteter Menschen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6765/2014-2020

Über die Vorlage hinaus gibt es von der Verwaltung keine weiteren Informationen.

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert auf Nachfrage von Herrn Weber die in der Vorlage aufgeführte Haushaltsneutralität damit, dass für die Stärkung des Ehrenamtes bereits Finanzmittel in Höhe von 100.000 € beschlossen worden seien. Hieraus stünden noch nicht verbrauchte Mittel in Höhe von 60.000 € zur Verfügung. Mit dem vorliegenden Beschlussvorschlag solle die konkrete Verwendung der noch zur Verfügung stehenden Finanzmittel beschlossen werden.

Weitere Fragen gibt es nicht.

Beschluss:

1. **Der als Anlage beigefügte Zwischenbericht des Projektes „Macht-Zusammen-Bielefeld“ der Freiwilligenakademie Ostwestfalen-Lippe vom 03.05.2018 wird zur Kenntnis genommen.**
2. **Die Freiwilligenakademie Ostwestfalen-Lippe erhält für die Weiterführung des Projektes „Macht- Zusammen- Bielefeld“ für die Laufzeit vom 01.09.2018 bis 31.12.2019 eine Anschlussförderung in Höhe von 60.000 Euro.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14 Fortführung des Projektes Hêvi

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6640/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die Berichterstattung und Diskussion in der SGA-Sitzung am 10.04.2018. Im Rahmen der Beschlussfassung über die Drucks.-Nr. 6403/2014-2020, sei der Beschlusspunkt 2 zunächst nur in 1. Lesung behandelt worden und deshalb in der heutigen Sitzung erneut auf der Tagesordnung (s. Punkt 14.1).

Beigeordneter Herr Nürnberger erinnert an die breite Zustimmung der SGA-Mitglieder zur Weiterführung des arbeitsmarktpolitischen Projektes Hêvi. Er erläutert die Vorschläge der Verwaltung, wie man den Personenkreis weiterhin ergänzend unterstützen könne.

Zum Baustein „Zusätzliche Sprachkurse“ (siehe Punkt 14.1) führt er aus, dass die Verwaltung, vor dem Hintergrund der kontroversen Diskussion über den Finanzierungsvorschlag in der Sitzung am 10.04.2018, nunmehr eine andere Finanzierungsmöglichkeit unterbreite.

Auf Nachfragen von Herrn Weber und Frau Hopster erläutert Herr Siegeroth, dass die benötigten 95.000 € für die Sprachkurse aus dem Haushaltsetat der REGE finanziert werden könnten. Dies sei möglich, weil geplante arbeitsmarktintegrierende Projekte nicht stattgefunden hätten. Der bereitgestellte hohe Eigenmittelanteil für diese Projekte stehe deshalb zur Verfügung. Die ursprünglich vorgesehene Inanspruchnahme der nichtverbrauchten REGE-BuT-Mittel sei daher nicht mehr notwendig und stünden weiterhin zur Verfügung.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin dass die Finanzierungsverantwortung des Bausteins „Vorbilder als Bildungsscouts“ beim Schuldezernat bzw. im Rahmen der Haushaltsplanberatungen bei der Politik liege. Ergänzend teilt er mit, dass der zeitgleich stattfindende Schul- und Sportausschuss die vorliegende Drucks.-Nr. 6640/2014-2020 beschlossen habe.

Herr Weber erklärt für die CDU-Fraktion, vorbehaltlich der Beschlussfassung des Schul- und Sportausschusses, die Zustimmung zur Beschlussvorlage.

Herr Buschmann bittet die Verwaltung, bei der geplanten Berichterstattung die Konzepte der einzelnen Bausteine sowie entsprechendes Zahlenmaterial über Ausgangslage und Ergebnisse vorzulegen.

Frau Mann dankt der Verwaltung für einen neuen Finanzierungsvorschlag zur Fortführung des Hêvi-Projektes.

Herr Gugat erklärt, dass er das Hêvi-Projekt insbesondere für Bielefeld als sehr wichtig erachte. Die Fortführung einzelner Bausteine des Hêvi-Projektes ermögliche die Unterstützung jesidischer irakischer Flüchtlinge, entsprechend ihrer individuellen Bedarfslage. Er bittet darum, die Auswirkungen der Fortführung einzelner Bausteine aus dem Hêvi-Projekt in dem geplanten Bericht darzustellen.

Unter Berücksichtigung der Vorschläge von Herrn Buschmann, den späteren Bericht an den zugrunde liegenden Konzepten zu orientieren und quantitative Aussagen aufzunehmen, fordert Vorsitzender Herr Hood den Ausschuss zur Beschlussfassung auf.

Vorbehaltlich der finanziellen Deckung des Bausteins „Vorbilder als Bildungsscouts“ durch das Schuldezernat, fasst der Sozial und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt Hêvi um folgende

Bausteine zu ergänzen:

- „**Wege ebnen durch mehr Wissen**“
- „**Zusätzliche Sprachkurse**“
- „**Spezialisierte Beratung**“
- „**Vorbilder als Bildungsscouts**“

2. Für den Baustein

- „**Wege ebnen durch mehr Wissen**“

wird die Verwaltung beauftragt, die notwendigen Mittel in die HH-Planung 2019 und 2020 aufzunehmen.

3. Den zuständigen Gremien ist zum Erfolg der Maßnahmen im ersten Halbjahr 2019 zu berichten.

- einstimmig beschlossen –

Mit der Beschlussfassung über die Drucks.-Nr. 6640/2014-2020 ist ein Beschluss über die Drucks.-Nr. 6403/2014-2020 nicht mehr notwendig.

Zu Punkt 14.1 Verwendung der noch bei der REGE mbH zur Verfügung stehenden Mittel Bildung und Teilhabe (BuT) -Punkt 2 des Beschlussvorschlages-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6403/2014-2020

s. Protokollierung unter TOP 14 dieser Niederschrift

- keine Abstimmung -

Zu Punkt 15 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

Im Anschluss an den öffentlichen Teil der Sitzung weist Vorsitzender Herr Hood darauf hin, dass es einen abgestimmten Sitzungsplan gebe, von dem üblicherweise nur für Sondersitzung abgewichen werde.

Herr Weber teilt mit, dass die CDU-Fraktion vom 09.09. bis 15.9.2018 an keiner Gremiensitzung teilnehmen könne. Dies sei mit den Fraktionsgeschäftsführern im Vorfeld kommuniziert, scheinbar aber nicht weitergeleitet worden.

Nach eingehender Diskussion schlägt Vorsitzender Herr Hood vor, die Sitzung auf Dienstag, den 04.09.2018, um 17:00 Uhr, vorzuverlegen. Die Geschäftsführung wird gebeten, die Möglichkeiten einer Raumreservierung zu prüfen und die Ausschussmitglieder zu informieren.

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Hood
Vorsitzender

Krumme
Schriftführerin